

Verkehrsbetriebe weiterhin Sorgenkind

9. und letzter Tag der Budgetdebatte

Verwaltungsgruppe XIV, Wiener Stadtwerke

Referent Stadtrat Franz Nekula (SPÖ)

Erträge: 5.283 Millionen Schilling, Aufwendungen: 5.767 Millionen Schilling.

Wien, 19.12. (RK) Der Wirtschaftsplan der Wiener Stadtwerke werde auch im kommenden Jahr durch das Sorgenkind Verkehrsbetriebe entscheidend beeinflusst, erklärte Stadtrat Franz Nekula in seinem Referat über die Wiener Stadtwerke am letzten Tag der diesjährigen Budgetdebatte vor dem Gemeinderat. Der echte Verlust der Verkehrsbetriebe werde voraussichtlich 1.113 Millionen Schilling ausmachen und könne nur dadurch verringert werden, daß die Hoheitsverwaltung einen Zuschuß von 200 und die E-Werke einen solchen von 180 Millionen Schilling gewährten. Die wirtschaftliche Situation der Wiener Verkehrsbetriebe zwingt daher zu Maßnahmen, die auf eine Verbesserung der Wirtschaftslage bei den Wiener Stadtwerken abzielten. Nekula nannte unter anderem die Ausschöpfung aller innerbetrieblichen Rationalisierungsmöglichkeiten. Aus diesem Grunde sei der Direktor der Hannoveranischen Verkehrsbetriebe, Prof. Dr. Lehner, mit einer umfassenden Überprüfung der Fahrpläne sowie des Liniennetzes beauftragt worden.

Lehner werde Mitte Jänner mit seiner Arbeit beginnen. Der Experte schätzte, das Ergebnis seiner Untersuchungen in etwa anderthalb Jahren vorlegen zu können.

Darüber hinaus seien Verhandlungen zwischen der städtischen Finanzverwaltung und der Generaldirektion der Stadtwerke in Fluß gekommen, die ebenfalls eine Verbesserung der wirtschaftlichen Situation zum Ziel hätten. Diese Absicht sei umso bedeutender, da man ohne Übertreibung sagen könne, daß für das E-Werk, das Gaswerk und die Verkehrsbetriebe, also jene Unternehmungen, von denen die entscheidenden Versorgungsleistungen der Stadt erbracht würden, gleichsam ein neues Zeitalter anbräche. Darunter seien der Bau der U-Bahn, die Umstellung der Gasversorgung von Stadtgas auf Erdgas und schließlich die Vermehrung der Energieproduktion beziehungsweise die Erneuerung der wesentlichsten Einrichtungen des E-Werkes in den nächsten zehn bis zwölf Jahren zu verstehen.

Gaswerk

Durch den mit der Sowjetunion abgeschlossenen Importvertrag über Erdgas sei die Rohstoffbasis der Gaswerke auf Jahrzehnte gesichert. Daher könne nun die Umstellung auf die direkte Erdgasbelieferung der Konsumenten in Angriff genommen werden. Und deshalb habe man heuer im August auch den Betrieb der letzten Kammeröfen in Leopoldau einstellen können, was überdies zu einer Ersparnis von 217 Dienstposten geführt habe.

Da Wien mit 767.414 Abnehmern eines der dichtesten Gasversorgungsnetze Europas besitze, sei der Arbeitsaufwand für die Umstellungsaktion enorm. Man rechne derzeit mit einer Umstellungsdauer von 15 Jahren, erklärte Nekula. Um diese Aktion optimal vorzubereiten, habe man einer Privatfirma einen entsprechenden Planungsauftrag gegeben. Nekula wies darauf hin, daß infolge des rund doppelt so hohen Kaloriengehaltes des Erdgases die Kapazität des bestehenden Rohrnetzes - etwa 2.600 Kilometer - mit geringen Investitionen verdoppelt werden könne.

E-Werke

Der Stromverkauf werde im kommenden Jahr voraussichtlich 3.289 GWh oder um acht Prozent mehr als 1969 ausmachen. Im Herbst kommenden Jahres sei mit der Inbetriebnahme von Block 6 der Kraftwerksgruppe Simmering zu rechnen. Da Wien auf Grund des ständig steigenden Energiebedarfes 1973 ein weiteres Kraftwerk mit einer Leistungsfähigkeit von 150 MW benötige, werde mit dem Bau dieses Werkes ebenfalls 1970 begonnen. Diese Situation habe auch dazu geführt, daß Wien sich nicht beim Bau des ersten österreichischen Kernkraftwerkes beteiligen werde, weil dieses erst 1975/76 seinen Betrieb aufnehmen werde können. Aber selbstverständlich würden die Wiener Stadtwerke die Entwicklung der Kernenergie in Österreich als Mitglied der Planungsgesellschaft weiterhin im Auge behalten.

Nekula gab zudem bekannt, daß mit der Schaffung eines Energiekonzeptes für Wien und damit der Beseitigung möglicher Fehler bei den Investitionen der drei Energieträger begonnen worden sei: unter dem Vorsitz von Stadtrat Pfoch und ihm selbst seien die Arbeitsgespräche zwischen E-Werk, Gaswerk und Fernwärmegesellschaft bereits aufgenommen worden, um eine sinnvolle Koordination zu erreichen.

Verkehrsbetriebe

Der Frequenzrückgang werde auch 1970 anhalten, wenngleich mit einer Verlangsamung zu rechnen sei. Tramway und Autobus schätzten insgesamt 417,5 Millionen Beförderungsfälle. Das Sinken der Durchschnittserlöse im Einheitstarif werde als beendet angenommen und dürfte so wie heuer 244,5 Groschen pro Person betragen.

Den Vorteil des öffentlichen Verkehrsmittels gegenüber dem Auto illustrierte Nekula an Hand eines Beispiels. Eine Fahrt zum und vom Arbeitsplatz zwischen Philadelphia-Brücke und Rathaus mache täglich 14 Kilometer aus und selbst wenn man dafür nur die Kosten eines Kleinautos berechne, entstünden täglich Ausgaben von 12,46 Schilling (89 Groschen pro Kilometer).

Für eine Fünf-Tage-Woche betragen die Fahrtkosten demnach mit dem Auto 62,30, mit einer Wochenstreckenkarte hingegen lediglich 25 Schilling. Neben dieser Ersparnis von wöchentlich 37,30 Schilling würde sich der Verkehrsteilnehmer aber auch noch die Sorgen ersparen, einen Parkplatz zu finden. Die öffentlichen Massenverkehrsmittel müßten daher so attraktiv werden, daß sie das "Umsteigen" vom Auto erleichterten, was zweifellos durch die U-Bahn geschehen werde.

Die wirtschaftliche Lage und die Personalsituation der Verkehrsbetriebe verlangten jedoch nach Maßnahmen, die in kürzerer Zeit als dies durch die U-Bahn geschehen könne, wirksam würden, fuhr Nekula fort. Der Stadtrat nannte sodann einige in Aussicht genommene Rationalisierungsmaßnahmen: die Aufsichtsbehörde habe bereits zugestimmt, auch die Triebwagen schaffnerlos zu führen, was zu einer Verminderung des Personals führen würde. Dafür müßten allerdings einige Investitionen vorgenommen werden. Fahrscheinautomaten für die schaffnerlosen Züge, Totmann-Einrichtung und schließlich Funkeinrichtungen, damit der Fahrer ständig mit der Betriebsleitung in Kontakt bleiben könne.

Eine weitere Verbesserung habe sich bei Gesprächen mit der Aufsichtsbehörde abgezeichnet: die Revisionszeiten dürften demnach entsprechend dem Baualter der Wagen gestaffelt und nach einem höheren Kilometerausmaß bewilligt werden. Auch der Einsatz von Frauen als Fahrerinnen hänge nur noch von einem Universitätsgutachten ab.

Nekula kritisierte dann eine "eigenwillige Praxis" bei der Besteuerung der Verkehrsbetriebe durch den Bund. Zwei Prozent vom Erlös pro Straßenbahnfahrgast müßten an Beförderungssteuer entrichtet werden, würden jedoch Umstellungen von Straßenbahn auf Autobus vorgenommen, so mache die Beförderungssteuer drei Prozent aus. Auch ein anderer steuerlicher Widerspruch scheine überholungsbedürftig: während die Massenverkehrsmittel durch die Beförderungssteuer "bestraft" würden, werde den Autofahrern ein Kraftfahrzeugpau-schale, also eine Steuerermäßigung, gewährt.

Bestattung

Die Bestattung rechne im kommenden Jahr mit etwa 32.000 Sterbefällen.

Abschließend erklärte Stadtrat Nekula, die Wiener Stadtwerke hätten ihren Personalstand insgesamt um 431 Dienstposten und zwar von 18.036 auf 17.605 senken können. Trotzdem würden die Personalaufwendungen mit 2.578 Millionen Schilling um 146,6 Millionen oder sechs Prozent höher als 1969 sein.

(Unterbrechung des Sitzungsberichtes.)

- - -

slavik bei weihnachtsfeier im amerika-haus

2 wien, 19.12.(rk) samstag, den 20. dezember, um 16.30 uhr, findet im neuen amerika-haus, 1, friedrich schmidt-platz 2 (hinter dem rathaus), eine weihnachtsfeier statt, zu der waisenkinder aus dem st. josefs-heim, schueler der american school und kinder von angehoerigen der amerikanischen botschaft eingeladen wurden. vizebuergermeister s l a v i k wird zu der feier einen 'oesterreichischen' christbaum mitbringen und begruessungsworte sprechen. das programm sieht lieder der wiener saengerknaben vor, ferner wirken heinz c l o n r a d s und der amerikanische saenger walker wyatt mit. gemeinsam gesungene weihnachtslieder beenden die feier.

0844

neuer bezirksvorsteher fuer den 18. bezirk gewaehlt

3 wien, 19.12. (rk) mit den stimmen aller parteien wurde donnerstag abend dkfm. hans h e m m e l m a y e r (oevp) im amtshaus martinstrasse 100 zum neuen bezirksvorsteher des 18. bezirkes gewaehlt. den wahlvorgang leitete bezirksvorsteher-stellvertreter dipl.-ing. guenter h a i d e n. der bisherige bezirksvorsteher ddr. viktor l e o g r a e f trat die nachfolge des verstorbenen gemeinderates und landtagsabgeordneten dr. franz weningner an.

0845

neuer vorstand der "vereinigung der kommunalberichterstatter"

4 wien, 19.12.(rk) die vereinigung der wiener kommunalberichterstatter hielt freitag vormittag ihre generalversammlung ab. da helmut k o r z e n d o e r f e r (kurier) seinen posten als obmann zur verfuegung gestellt hatte, wurde ein neuer vorstand gewaehlt. obmann der vereinigung ist nun alois b r u n n t h a l e r (arbeiter-zeitung), stellvertretender obmann anton f u e r s t (volksblatt). zum schriftfuehrer wurde leo w e b e r (rathaus-korrespondenz) gewaehlt und zum kassier walter s c h w a r z ("die presse").

1013

paul taylor-ballett in wien

7 wien, 19.12. (rk) die wiener festwochen werden auch im naechsten jahr ihre heuer begonnene ballettambition fortsetzen. intendant b a u m g a r t n e r hat in new york paul t a y l o r , einen der wesentlichsten vertreter des modern dance, mit seiner kompanie eingeladen, vom 10. bis 13. juni im theater an der wien zu gastieren. paul taylor wird vor allem seine choreographie "orbs" zeigen, eines der besten beispiele einer verbindung von beethoven musik mit moderem tanz, sowie andere tanzschoepfungen, die noch nicht in europa zu sehen waren. die paul taylor company beginnt in wien ihre europa-tournee.

ebenso ist die intendanz der wiener festwochen in verhandlung mit dem royal ballett, die ashton-choreographie von beethovens einzigem ballett "die geschoepfe des prometheus" auch nach wien zu bringen.

1201

Wiener Landtag
=====

Wien, 19. 12. (RK) Vorsitz: Erster Landtagspräsident
Dr. Stemmer.

Durch das Ableben des Abgeordneten Dr. Weninger ist die Funktion eines Mitgliedes des Immunitätskollegiums neu zu besetzen. Der von der ÖVP für diese Funktion vorgeschlagene Abgeordnete Tr. Glatzl wird mit den Stimmen der SPÖ und ÖVP gewählt.

Verbesserung des Mutterschutzgesetzes

Stadtrat Bock (SPÖ) referiert einen Antrag auf Verbesserung einiger Bestimmungen des Mutterschutzgesetzes. So soll in Zukunft der Karenzurlaub aus Anlaß der Mutterschaft den Lauf der Dienstzeit nicht mehr hemmen. Ferner soll mit Beginn der Sechswochenfrist jeder Urlaub ohne Bezüge enden. Das Gesetz soll mit 1. Jänner 1970 in Kraft treten.

Abstimmung: einstimmig angenommen.

Landeshauptmann-Stellvertreter Gertrude Sandner (SPÖ) referierte einen Antrag auf Abänderung des Wiener Theatergesetzes. Es geht um Anpassung an bundesgesetzliche Regelungen, bis am 1. März 1970 das Theatergesetz durch ein Veranstaltungsgesetz ersetzt wird.

Abstimmung: einstimmig angenommen.

Ebenfalls um eine Anpassung an bundesgesetzliche Regelungen ging es beim Antrag auf Abänderung des Wiener Ausstellungsgesetzes. (Berichterstatter: Landeshauptmann-Stellvertreter Gertrude Sandner). Auch dieses Gesetz soll nächstes Jahr durch das neue Veranstaltungsgesetz ersetzt werden.

Abstimmung: einstimmig angenommen.

Landeshauptmann-Stellvertreter Felix Slavik (SPÖ) referierte den Abänderungsantrag zu Wiener Grundsteuerbefreiungsgesetzen: Es geht im wesentlichen um eine Fristverlängerung, die auch nach dem 1. Jänner 1969 fertiggestellte Wohnungen steuerlich begünstigt.

Abstimmung: einstimmig angenommen.

Bei dem Abänderungsantrag zum Gesetz über öffentliche Sammlungen: (Berichterstatter: Stadtrat Dkfm. Alfred Hintschig (SPÖ)

geht es ebenfalls um eine bundesgesetzliche Anpassung.

Abstimmung: einstimmig angenommen.

Durch den Abänderungsantrag zum Gesetz über Kanalanlagen und Einmündungsgebühren, den Stadtrat Dr. Hannes Krasser referierte, sollen in erster Linie Schutzbestimmungen für die Kanalarbeiter und für die Erhaltung der Objekte aufgenommen werden. Ferner geht es um eine bundesgesetzliche Anpassung.

Abstimmung: einstimmig angenommen.

Als letztes Geschäftsstück referierte Stadtrat Dr. Krasser einen Abänderungsantrag zur Wiener Bauordnung: Mit Blick auf die kommende große Bauordnungsnovelle scheint es nicht sinnvoll die 1956 geschaffene Bauklasseneinteilung wirksam werden zu lassen.

Abstimmung: einstimmig angenommen.

Mit den besten Wünschen zu den Feiertagen, die auch den anwesenden Mitgliedern des Bundesrates galten, schloß Landtagspräsident **Dr. Stemmer** um 9,25 Uhr die Sitzung.

- - -

Stadtwerkedebatte
=====

Wien, 19. 12. (RK) Die Debatte eröffnet GR. Müller (DFP), der das Projekt eines neuen Dampfkraftwerkes für Wien als unmodern bezeichnet.

Kabel und Rohrleitungen sollten in Sammelschächten unter den Gehsteigen verlegt werden, die von den Kellern der Häuser zugänglich sind; auf diese Weise könnte das häufige Aufgraben vermieden werden.

Zur Umstellung auf Erdgas könne man nur sagen: Hoffentlich kommt kein Krieg, sonst drehen uns die Russen das Gas ab.

Die zahlreichen Pensionisten der Verkehrsbetriebe sollten zur Entlastung derselben den Ruhegenußempfängern der Gemeindeverwaltung zugeschlagen werden.

Nachdem GR. Müller auf die schlechten Verkehrsverhältnisse im Gebiet Schönbrunner Straße - Reinprechtsdorfer Straße hingewiesen hat, schlägt er abschließend vor, die Vorortelinien für den Nahverkehr auszubauen.

GR. Peter (FPÖ) bemängelte zuerst, daß in den Unterlagen für die Gemeinderäte heuer nichts mehr über das Verhältnis zwischen Eigenkapital und Fremdkapital bei den Stadtwerken enthalten sei. Man wisse allerdings dennoch, daß sich dieses Verhältnis dauernd zu Ungunsten des Eigenkapitals verschlechtere.

E-Werke: Leider steige das Angebot an elektrischer Energie in Wien nicht mit gleicher Geschwindigkeit wie der Bedarf. Außerdem müsse man sich eines überlegen: Was solle denn mit den teuren Anlagen der Dampf- und Wasserkraftwerke geschehen, wenn einmal der Strombedarf durch Kernenergie gedeckt wird?

Gaswerke: Hier öffne sich ebenfalls die Schere zwischen Bedarf und Angebot von Jahr zu Jahr weiter. Der Erdgasbezug aus dem Ausland sei problematisch, weil dadurch bei geänderten politischen Verhältnissen einem anderen Land Pressionsmöglichkeiten gegenüber Österreich in die Hand gegeben würden, und zwar nicht nur dem Lieferanten selbst, sondern auch jedem, über dessen Territorium die Transportleitungen führen.

Verkehrsbetriebe: Der Redner stellte die Rechnung auf, daß das Defizit 1970 bereits 2,7 Millionen Schilling pro Tag aus-

mache. Und auch die Betreuung des Hamburger Verkehrsbetriebs-Direktors, Dr. Lehner, solle man nicht allzu hoffnungsfroh betrachten: Denn schon vor Jahren habe ein Schweizer Institut Untersuchungen ähnlicher Art über die Situation der Verkehrsbetriebe auftragsgemäß durchgeführt, aber die damaligen Vorschläge seien überhaupt nicht beachtet worden. Grundsätzlich sei zu sagen, daß ja bekanntlich die Verkehrsbetriebe in allen Großstädten defizitär seien. Aber es gehe doch darum, dieses Defizit möglichst gering zu halten.

Der ÖVP warf der Redner vor, durch ihre Zustimmung zum Wirtschaftsplan werde sie auch die U-Bahnsteuer sanktionieren, gegen die sie als Partei außerhalb des Rathauses so vehement auftrete. (Zwischenruf GR. Mühlhauser (ÖVP): Die Steuer ist doch in einem Landesgesetz beschlossen worden.)

GR. Haeg (ÖVP) bedeutet, daß bei E- und Gaswerken ein Teil der für Investitionen veranschlagten Beträge einer Sperre unterliegt. Nach wie vor müssen die E-Werke auch einen Beitrag an die Verkehrsbetriebe, leisten. Der Kraftwerksbau in der Lobau am Steinsporn wird fortgesetzt. Wir könnten dort mit dem Bau eines städteigenen Atomkraftwerkes beginnen.

Durch eine Beteiligung an der nunmehr gegründeten Kernkraftwerke-Gesellschaft hätten wir die Möglichkeit gehabt, Erfahrungen über die Stromgewinnung aus Kernenergie zu erhalten. Er teile nicht die Ansicht von GR. Peter, daß man in einigen Jahren unsere Wasserkraftwerke und thermischen Werke einfach "wegschmeißen" müßte. Der Strombezug werde sich in diesem Zeitraum vermindern und die Erzeugung von Atomstrom wird als zusätzliche Versorgungsquelle eine dominierende Rolle spielen.

Die Bevölkerung hätte man müssen darüber informieren, daß als Ausgleich für die herabgesetzte Nachtheizzeit ein zweistündiges Nachheizen während des Tages zum Nachttarif ermöglicht wurde.

Abzulehnen sei auch, daß private Firmen in Neubauten mit der Werbung für Nachtspeicher gleichzeitig den Mieter auffordern, sich beim E-Werk die notwendige Energie hierfür reservieren zu lassen. Wenn dann andere Mieter oder das Gewerbe stärkere Geräte anschließen wollen, wird dies nicht bewilligt weil die Leitungen zu schwach dimensioniert sind. Als kaum tragbare Belastung für die Wirtschaft bezeichnet der Redner die sogenannten Baukostenzuschüsse.

Ungerecht wäre es auch, den industriellen Strombezug mit einem Pauschale zu berechnen, das Gewerbe jedoch für alle Maschinen mit einer Grundgebühr zu belasten. Eine Beschwerde des Elektrohandels sei es, daß zum Beispiel die Beleuchtung der Geschäfte und der vielen ausgestellten Luster in den Abend- und Nachtstunden nicht unter Berechnung des billigeren Nachtstromes erfolgen kann.

Unsere E-Werke arbeiten wirtschaftlich sehr gut. Die Wiener Eigenstromerzeugung deckt den Bedarf bereits zu 70 Prozent, von der Verbundgesellschaft beziehen wir nur 30 Prozent unseres Gesamtbedarfes.

Der Redner urgiert ein umfassendes Konzept für die Umstellung von Stadtgas auf Erdgas. Eine Koordinierung müßte hinsichtlich der Versorgung zwischen Strom, Gas und Fernwärme erfolgen. Der Redner stellt dazu einen Antrag auf Koordinierung verschiedener Energieträger in Wien.

Sogar schärfste Kritiker an den E-Werken, betonte GR. Hirsch (SPÖ), müssen zugeben, daß es bisher in Wien zu keinem totalen "blackout" in der Stromversorgung, wie dies etwa in New York der Fall war, gekommen ist.

Ein Zeichen für die gute Arbeit und richtige Kalkulation ist auch der Haushaltstarif: 1933 betrug er 70 Groschen, 1969 61 Groschen.

Die gut ausgestattete öffentliche Beleuchtung macht Wien zu einer der sichersten Städte der Welt. Freilich muß da und dort noch auf Anschlüsse gewartet werden, da das in 70 Jahren gewachsene E-Leitungsnetz in nächster Zeit stufenweise erneuert werden muß.

GR. Hahn (ÖVP) erinnerte einleitend an die Budgetdebatte des Vorjahres: damals forderte GR. Gawlik Stadträtin Dr. Schaumayer auf, dem Gemeinderat die Grundzüge eines Sanierungskonzeptes vorzulegen. In einer Rekordzeit - bis zum 17. Februar - wurde dieses Konzept mit den Beamten der Generaldirektion ausgearbeitet und vorgelegt aber nicht mehr vom Gemeinderat behandelt.

Er werde Stadtrat Nekula nicht in Verlegenheit bringen und heute den gleichen Antrag stellen. Heute wisse man nur, daß das Defizit der Stadtwerke mit 484 Millionen Schilling und das der

Verkehrsbetriebe mit 1.133 Millionen das Höchste seit Bestehen der Verkehrsbetriebe sei.

Hinsichtlich der Gebrauchsgebühren von Gas- und E-Werk, die Vizebürgermeister Slavik im Vorjahr für die Zeit von 1957 bis 1969 mit 293 Millionen Schilling angegeben hatte - die aber nicht bezahlt wurden - rechnete der Debattenredner vor, daß diese Gebühren insgesamt 978 Millionen betragen müßten.

In diesem Zusammenhang brachte Gr. Hahn eine Anfrage nach der Höhe der bisher bezahlten beziehungsweise gestundeten Gebrauchs- und Wegebenützungsgebühren ein.

Wer im Voranschlag das echte Defizit der Verkehrsbetriebe sucht, findet es sicher nicht. Auch der Zuschuß der Hoheitsverwaltung sei nicht zu finden. Aus diesem Grund stellte der Debattenredner einen Antrag nach detaillierten Unterlagen über die finanzielle Situation der Wiener Stadtwerke.

Für den Neubau der Zentralwerkstätte sind 1970 nur 70 Millionen Schilling vorgesehen, obwohl für die Fertigstellung bis 1973 85 Millionen notwendig wären; die neue Zentralwerkstätte wird daher um ein Jahr später fertig werden.

Erfreulich sei die Verlängerung der Linie 16 in die neuen Wohngebiete; allerdings wäre es besser, zuerst die Verkehrsverbindungen zu schaffen.

Bereits heute fehlen 250 Mann Fahrpersonal. Die Einführung der 43-Stundenwoche erfordert zusätzlich 200 Mann. Infolge des geringen Anfangsgehaltes sei es für junge Leute nicht sehr attraktiv, zu den Verkehrsbetrieben zu gehen.

Trotz des Sinkens des Personalstandes von mehr als zehn Prozent in sechs Jahren ist eine Erhöhung des Personalaufwandes um zirka 44 Prozent zu verzeichnen, auf den einzelnen Bediensteten kommen sogar 66 Prozent.

Ein Punkt der Forderungen von Stadträtin Dr. Schaumayer werde von Nekula bereits behandelt, nämlich die Überprüfung des Liniennetzes durch unabhängige Fachleute: Direktor Lehner, Hannover, und Direktor Mrocz, Hamburg.

Abschließend kam GR. Hahn auf das ÖBB-Gesetz zu sprechen, als Beispiel dafür, daß den Verkehrsbetrieben auf ähnliche Weise geholfen werden könnte.

GR. Bednar (SPÖ) hielt ebenfalls fest, daß am Defizit der Stadtwerke in erster Linie die Verkehrsbetriebe schuld sind. Natürlich werde der Fahrgastschwund, der in den letzten zehn Jahren rund 16 Prozent betrug, noch weitergehen, dies aus der klaren Ursache, daß in Österreich die Vollmotorisierung längst noch nicht erreicht sei. Deshalb hinke auch der Vergleich mit Hamburg, wo man den Fahrgastschwund zum Stillstand gebracht habe.

Die Verkehrsbetriebe müßten unbedingt zu einem Sanierungskonzept kommen, erste Maßnahmen seien getroffen und Anfangserfolge bereits vorhanden. Die für dieses Ressort 24 Jahre lang zuständigen ÖVP-Stadträte hätten viel früher schalten müssen.

Zu den E-Werken meinte der Redner, alle Vorkehrungen für die Zukunft seien getroffen. Dem steigenden Strombedarf werde durch die Errichtung des Kraftwerkes am Steinsporn Rechnung getragen. Eine Beteiligung an einem Kernkraftwerks-Projekt werde vielleicht einmal aktuell sein, sei derzeit aber noch nicht ernstlich zu erwägen. Bednar deponierte im übrigen den Vorschlag, das Kühlwasser des E-Werkes Simmering im Winter für die Eisfreihaltung des Wiener Hafens einzusetzen.

Zu den Gaswerken meinte er, die sinnvolle Koordinierung zwischen den Versorgungsschienen Gas, Strom und Fernwärme sei natürlich unerläßlich, im einzelnen aber erst festlegbar, wenn die derzeit noch nicht abschätzbaren Größenordnungen der Umstellung auf Erdgas genau beurteilt werden könnten. Und natürlich hätten sich die Fachleute Gedanken über die durch einen Erdgasbezug aus dem Ausland vielleicht entstehende Abhängigkeit Österreichs gemacht: Daher sei auch vorgesorgt worden, daß in Extremfällen die Gasversorgung auf andere Weise sichergestellt werde.

Stadtrat Nekula wiederholt in seinem Schlußwort, daß das erste österreichische Atomkraftwerk voraussichtlich erst 1975 oder 1976 fertig sein wird, daß Wien aber bereits 1973 auf Grund des steigenden Energiebedarfes ein Kraftwerk in der Größenordnung von 150 Megawatt braucht. Wasserkraftwerke haben gegenüber Dampfkraftwerken den Nachteil, daß sie nicht so kontinuierlich Strom liefern können. Daher sei der Bau weiterer Dampfkraftwerke nötig und nicht als Fehlinvestition zu bezeichnen.

Verkabelung in Kollektoren: Würde man alle Versorgungskabel in einem Strang unterbringen, könnte zum Beispiel durch einen Gasaustritt ein Schaden an der gesamten Versorgung entstehen. Außerdem brauchen Erdkabel eine Isolationsschicht, die die Erde vorzüglich bietet.

Sollte die Erdgaslieferung aus Rußland aus irgendeinem Grund plötzlich eingestellt werden, so hätten wir eine ausreichende heimische Erdgasreserve.

Autobuslinie 63: Die Verkehrsbetriebe haben seinerzeit im Zusammenhang mit der Rationalisierungskommission ein Liniennetz für Wien entworfen. Leider haben wir einen großen Personalmangel, der es vielfach unmöglich macht, die notwendigen Linien in neuerschlossene Gebiete zu führen. Durch die nun auf der Linie 63 freiwerdenden Lenker konnte die Linie 15, sie führt auf den Leaser-Berg, eingerichtet werden.

Zur Frage der Vorortelinien: Auf Grund von Untersuchungen wurde festgestellt, daß sie nicht das Fahrgastaufkommen hätten, das für das U-Bahn-Grundnetz errechnet wurde. Die Vorortelinie müßte mit einem großen Aufwand saniert werden, die Tunnelanlagen müßten vollkommen erneuert und erweitert werden. Außerdem erklärt sich der Bund außerstande, den Güterverkehr auf der Vorortelinie nur während der Nachtstunden abzuwickeln. Die Führung der Trasse für beide Linien sei aber technisch nicht möglich.

Die Stromerzeugung kann den Strombedarf ausreichend decken. Was jedoch den Anschluß verschiedener moderner Geräte verhindert, sei das Fehlen entsprechender Steigleitungen. Das sei aber Sache der einzelnen Hausverwaltung oder der Inhabung. Bei den Verkehrsbetrieben wurden auf dem Personalsektor bedeutende Rationalisierungen vorgenommen. So konnten zum Beispiel durch die Verwendung von Geldzählautomaten 40 Verwaltungsbeamte eingespart werden. Hamburg auf dem Verkehrssektor als Vergleich heranzuziehen, sei unrichtig, da Hamburg einen Verkehrsverbund hat, der bis 60 Kilometer in die Region reicht. Bei Tarifvergleichen schneidet Wien günstiger ab. Hamburg rechnet 1969 auch bereits wieder mit einem Fahrgastverlust von rund einem Prozent. In Wien rechnen wir mit rund 1,2 Prozent.

Zum ÖVP-Antrag: (Koordination zwischen den drei Energieträgern) stellt der Referent fest, daß derzeit bereits Gespräche

geführt werden. Die Frage an sich sei nicht leicht zu klären, da es nicht dem Einzelnen überlassen bleiben kann, auf welche Art er seine Wohnung beheizen will, da die Fernwärmeplanung für ganze Gebiete erfolgen muß. Die Vorlage eines Sanierungskonzeptes für die seinerzeitige Geschäftsgruppe XII sei dem Finanzreferenten nicht übermittelt worden. Im Ausschuß wurde nur ein mündlicher Bericht erstattet. Lediglich der Presse wurde eine ausführliche Information gegeben. Die Ausschußmitglieder erhielten schriftliche Unterlagen erst bei der nächsten Sitzung.

Die Möglichkeit für die Einführung schaffnerloser Triebwagen wurde geschaffen. Die Bedenken des Sozialministeriums in Zusammenhang mit dem Einsatz von Schaffnerinnen konnten beseitigt werden.

Zwischen der Finanzverwaltung der Stadt Wien und der Generaldirektion wurden Gespräche begonnen und Verhandlungen eingeleitet mit dem Ziel, eine Verbesserung der wirtschaftlichen Verhältnisse zu erreichen. Der Referent ist davon überzeugt, daß er in absehbarer Zeit darüber berichten wird können.

Stadtrat Nekula betonte auch, daß die Hoheitsverwaltung seit 1962 1,07 Milliarden Schilling zur Sanierung der Verkehrsbetriebe geleistet hat.

Die nächsten Jahre bringen für die Stadtwerke enorme Aufgaben: Erdgasumstellung, Neubau zweites Kraftwerk, U-Bahnbau. Auch der Sektor Atomenergie wird nicht vernachlässigt werden. Es werden weiterhin Maßnahmen gesetzt, die zur Verbesserung der wirtschaftlichen Situation der Stadtwerke führen.

Abstimmung: die Wirtschaftspläne der Stadtwerke wurden mit den Stimmen der SPÖ und ÖVP angenommen, die beiden ÖVP-Anträge (Finanzierung, Energieträger-Koordinierung) wurden einstimmig zugewiesen.

(Ende des Sitzungsberichtes)

Stadtwerkedebatte (Zusammenfassung)
=====

Wien, 19. 12.(RK) Die Verkehrsbetriebe bleiben weiterhin Sorgenkind, führte Stadtwerke-Stadtrat Franz Nekula (SPÖ) bei der Beratung der Wirtschaftspläne der Wiener Stadtwerke (5,7 Milliarden Aufwendungen) aus. Die Wirtschaftspläne wurden mit den Stimmen von SPÖ und ÖVP angenommen.

Derechte Verlust der Verkehrsbetriebe wird voraussichtlich 1,1 Milliarden ausmachen, sagte Stadtrat Nekula und könne nur dadurch verringert werden, daß die Hoheitsverwaltung 200 Millionen und die E-Werke 180 Millionen zuschießen. Zur Ausschöpfung aller Rationalisierungsmöglichkeiten wurde der Direktor der Hannoveranischen Verkehrsbetriebe, Dr. Lehner, mit einer umfassenden Überprüfung der Fahrpläne und des Liniennetzes beauftragt. Das Ergebnis soll in eineinhalb Jahren vorgelegt werden.

Die Rohstoffbasis für die Gaswerke ist durch die Erdgasverträge mit der Sowjetunion gesichert. Daher könne die Umstellung auf Erdgas begonnen werden. Wien besitze mit 767.000 Abnehmern eines der dichtesten Gasversorgungsnetze Europas. Man rechne deshalb mit einer Umstelldauer von 15 Jahren. Wegen des doppelt hohen Kaloriengehaltes des Erdgases kann die Rohrnetzkapazität verdoppelt werden.

Die E-Werke rechnen für 1970 mit einer achtprozentigen Steigerung, voraussichtlich 3.289 GWh. Im Herbst sei mit dem neuen Block 6 in Simmering zu rechnen. Im kommenden Jahr wird auch mit dem Bau eines weiteren Kraftwerkes von 150 MW-Leistung begonnen. Da das erste österreichische Kernkraftwerk erst 1975/76 den Betrieb aufnehmen wird, hat sich Wien auch nicht bei diesem Bauvorhaben beteiligt.

Mit der Schaffung eines Energiekonzeptes für Wien wurde begonnen. Arbeitsgespräche zwischen E-Werke, Gaswerke und Fernwärme sind bereits aufgenommen.

Der Frequenzrückgang bei den Verkehrsbetrieben wird sich verlangsamten. Man rechnet mit 417,5 Millionen Beförderungsfällen. Folgende Rationalisierungsmaßnahmen sind in nächster Zeit in Aussicht genommen: Schaffnerlose Triebwagen, längere Revisionszeiträume, Frauen als Fahrerinnen. Kritik übte Nekula

an der Besteuerung der Verkehrsbetriebe durch den Bund. Wenn eine Straßenbahnlinie auf Autobus umgestellt wird, erhöhe sich die Beförderungssteuer von zwei auf drei Prozent.

Abschließend erklärte Stadtrat Nekula, die Wiener Stadtwerke hätten ihren Personalstand insgesamt um 431 Dienstposten und zwar von 18.036 auf 17.605 senken können. Trotzdem würden die Personalaufwendungen mit 2.578 Millionen Schilling um 146,6 Millionen oder sechs Prozent höher als 1969 sein.

GR. Müller (DFP): Zur Umstellung auf Erdgas: Hoffentlich kommt kein Krieg, sonst drehen uns die Russen das Gas ab.

GR. Peter (FPÖ): Was soll mit den teuren Anlagen der Dampf- und Wasserkraftwerke geschehen, wenn einmal der Strombedarf durch Kernenergie gedeckt wird. Der Erdgasbezug aus dem Ausland sei problematisch. Verkehrsbetriebe: Sie sind in allen Großstädten defizitär, man sollte aber doch das Defizit möglichst gering halten.

GR. Hirsch (SPÖ): Selbst die schärfsten Kritiker an den E-Werken müssen zugeben, daß es in Wien noch nie zu einem totalen "blackout" wie etwa in New York gekommen ist.

GR. Hahn (ÖVP) erinnerte an die vorjährige Budgetdebatte, als GR. Gawlik Stadträtin Schaumayer aufforderte, dem Gemeinderat die Grundzüge eines Sanierungskonzeptes vorzulegen. Er werde jedoch Stadtrat Nekula nicht in Verlegenheit bringen und den gleichen Antrag stellen. Im weiteren brachte der Redner einen Antrag nach detaillierten Unterlagen der finanziellen Situation der Stadtwerke ein.

GR. Bednar (SPÖ): Die ersten Maßnahmen für ein Sanierungskonzept der Verkehrsbetriebe seien getroffen und Anfangserfolge bereits vorhanden. Bei den E-Werken sind alle Vorkehrungen für die Zukunft getroffen. Bei den Gaswerken sei eine Koordination zwischen Gas, Strom und Fernwärme jedoch unerlässlich.

- - -

Neue Periode in der Geschichte Wiens beginnt
=====Die Schlußansprache des Bürgermeisters

Wien, 18. 12. (RK) Bevor der Wiener Gemeinderat heute nachmittag in die Weihnachtsferien ging, hielt Bürgermeister Bruno Marek die traditionelle Abschlußrede. Der Wiener Bürgermeister betonte darin, daß so wie vor ungefähr 100 Jahren eine neue Periode in der Geschichte der Wiener Kommunalpolitik beginnt. Das Budget 1970 stellt die Weichen für den Ausklang dieses Jahrhunderts.

Im einzelnen führte Bürgermeister Marek aus: "Seit dem 10. Dezember haben sich die gewählten Vertreter der Stadt Wien mit dem Voranschlag für das kommende Jahr beschäftigt. Diese Diskussion und das Budget 1970 bilden eine tiefere und einschneidendere Zäsur in unserer Kommunalpolitik als jemals Haushaltsberatungen in früheren Jahren. Um die Bedeutung eines Voranschlages richtig zu verstehen, müssen wir ihn vor dem Hintergrund der Geschehnisse betrachten, aus denen er gewachsen ist, müssen wir ihn einordnen in die Geschichte unserer Stadt.

Blicken wir die 24 Jahre zurück, in denen nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges Wiener Budgetvorschläge ausgearbeitet wurden, können wir diese Zeit in großen Zügen in zwei Perioden einteilen: Von 1945 bis 1955 die Epoche des Aufbaues, der Wiederkehr des Blutes in alle Lebensadern unserer Stadt, von 1955 bis in unsere Tage eine Periode der Konsolidierung, der Sammlung, der Festigung und Erweiterung des Erreichten, eine Periode des Atemholens vor dem nächsten großen Schritt.

Mit dem Budget 1970, meine Damen und Herren, hebt nun eine neue Periode in der Geschichte unserer Kommunalpolitik an. Dieser Haushaltsvoranschlag nimmt nicht nur das kommende Jahr vorweg und legt uns nicht nur in unserem Generalprogramm bis zum Ende der sechsten Verwaltungsperiode des Wiener Gemeinderates, bis 1974, fest - dieses Budget stellt die Weichen für die Siebzigerjahre, ja, wir können ohne Übertreibung sagen, es stellt die Weichen für den Ausklang dieses Jahrhunderts.

Der Zufall will es oder vielleicht auch die Logik der Entwicklung, daß Wien vor fast genau hundert Jahren ebenfalls das Antlitz wechselte und in eine neue Epoche seiner Geschichte eintrat. Der Bau der Ringstraße, der Hochquellenleitung, die Errichtung des Rathauses und die erste große Donauregulierung charakterisieren unter anderem diesen Wandel, in dessen Verlauf sich das neue Gesicht der Haupt- und Residenzstadt eines 50-Millionen-Reiches prägte.

Heute, an der Schwelle des siebenten Jahrzehnts unseres Jahrhunderts, steht unsere Heimatstadt vor ähnlich großen Umwälzungen in ihrer Struktur und ihrem äußeren Bild. Das Monsterprojekt der Untergrundbahn, der totale Hochwasserschutz, die neue Donauinsel und das neue Stadtviertel der UNIDO und anderer Organisationen der Vereinten Nationen reichen in ihrer Planung und Ausführung weit in die Zukunft hinein. Sie werden dem unwandelbaren und unzerstörbaren Wiener Stadtcharakter, der uns vertraut ist, neue Züge hinzufügen. Wien ist unterwegs zu einer internationalen Stadt, zu einer Metropole der Völkerverbindung, zur Hauptstadt eines geistigen Reiches und vielleicht - so hoffen wir - zu einem neuen Kristallisationspunkt eines künftigen, geeinten Europa.

Wir können nicht umhin festzustellen, daß in unserer Stadt dank einer vorausschauenden Konjunkturpolitik in weiten Kreisen Wohlstand herrscht, daß es keine Sorge um das tägliche Brot, keine Sorge um den Arbeitsplatz gibt. Es steht mir nicht zu, mich mit der Kommunalwirtschaft anderer Städte in Österreich oder in anderen europäischen Ländern zu befassen. Ich bin jedoch glücklich darüber, daß wir in ~~Wien~~ seit Jahren ein schuldenfreies, fast ausgeglichenes und konstruktives Budget haben, das uns die Wahrung unserer Errungenschaften und den sicheren Fortschritt garantiert. Die Ausgewogenheit unseres Haushaltes ist das Verdienst der Finanzpolitik unseres Finanzstadtrates Vizebürgermeister Felix Slavik, dem ich an dieser Stelle meinen besonderen persönlichen Dank und den Dank der Stadtverwaltung aussprechen will.

Auch in Zeiten der Konjunktur und der Unbeschwertheit von existentiellen Problemen dürfen wir jedoch eines nicht vergessen: wir danken diese Entwicklung unseren Leistungen, unseren Anstrengungen, unserem Fleiß. Die Erfolge sollten uns nicht dazu verleiten, in unserem Bemühen nachzulassen und zu warten, daß

./.

uns die reifen Früchte von selbst in den Schoß fallen. Die Wohlstandsgesellschaft darf nicht mit einem Füllhorn verwechselt werden, das die öffentliche Hand über allen ausschüttet, die darnach Verlangen tragen. Auch wenn es uns gut geht, muß jeder Vorteil mit echter Leistung bezahlt werden. Wir müssen vermeiden, daß es zu einer Abwertung der Arbeitsenergien, zu einer Inflation des guten Willens kommt.

Der Mensch und seine Leistung werden auch in Zukunft im Zentrum des Wirtschaftsgeschehens stehen. Ein amerikanischer Wissenschaftler hat kürzlich in einem Vortrag in Wien behauptet, in nicht allzu ferner Zeit werde der Computer das Herz der Betriebe bilden. Nein, meine Damen und Herren, das ist falsch! Ein Computer kann niemals Herz und Idee ersetzen. Wir werden uns nicht vom Strudel der Probleme fortreißen und zu Sklaven der Roboter machen lassen. Das Elektronengehirn soll uns nur als dienstbarer Geist an die Hand gehen und schneller und zuverlässiger ausführen, was der Mensch ihm souverän gebietet. Im Zeichen dieser Maxime wird die Wiener Kommunalpolitik auch in Zukunft in erster Linie dem Wohl der Bürger dieser Stadt dienen.

Zu guter Letzt, meine Damen und Herren, habe ich das Bedürfnis, Ihnen allen, den Amtsführenden Stadträten und allen Mitgliedern des Gemeinderates und der Beamtenschaft, gleich an welcher Stelle der einzelne tätig war, für Ihre tatkräftige Mitwirkung herzlich zu danken. Ich möchte auch nicht versäumen, allen Wienerinnen und Wienern für das Verständnis und das Wohlwollen Dank zu sagen, das sie in ihrer großen Mehrzahl der Arbeit der Stadtverwaltung entgegengebracht haben.

Ich wünsche Ihnen allen frohe Weihnachten und ein glückliches Neues Jahr!"

- - -

weihnachtssingen auf dem rathausplatz

17 wien, 19.12. (rk) am montag, dem 22. dezember, 15 uhr, findet das traditionelle singen von kindern der wiener kinderfreunde in anwesenheit des buergermeisters vor dem grossen weihnachtsbaum auf dem rathausplatz statt.

1508

weihnachtsfeier der sozialberatungsstellen

18 wien, 19.12. (rk) die wiener sozialberatungsstellen bleiben wegen der weihnachtsfeiertage vom 22. dezember bis einschliesslich 6. jaenner geschlossen.

1507

preisverteilung fuer aufsatzwettbewerb ''wien im blumenschmuck''

15 wien, 19.12. (rk) im grossen festsaal des stadtschulrats-
gebaeudes fand freitag vormittag die preisverteilung des
aufsatzwettbewerbes ''wien im blumenschmuck'' statt. stadtrat
kurt heller und stadtschulratspraesident hofrat dr.
hermann schnell verteilten im beisein des stadtschul-
rats-vizepraesidenten gemeinderat markus bittner und
des stadtgartendirektors ing. alfred auer insgesamt
33 preise. den ersten preis - einen vierfachdukaten und einen
gummibaum - des vom stadtschulrat anlaesslich der aktion
''wien im blumenschuck'' veranstalteten wettbewerbes errang
der strebersdorfer gymnasiast franz nahrad a .

die aktion ''wien im blumenschmuck'' wird bekanntlich seit
18 jahren von der gemeinde wien in zusammenarbeit mit der
oesterreichischen gartenbaugesellschaft veranstaltet.

stadtrat heller, seines zeichens auch vizepraesident der
oesterreichischen gartenbaugesellschaft, fuehrte den anwesenden
mittelschuelern die anstrengungen der stadtverwaltung auf dem
sektor der gruenflaechen vor augen. ohne die bundesgaerten und
den lainzer tiergarten verfuegt wien ueber gruenflaechen im
ausmass von 18,7 millionen quadratmetern: jedes jahr kommen
weitere 500.000 quadratmeter hinzu.

kleine budgetdebatten-statistik

14 wien, 19.12.(rk) die budgetdebatte des wiener gemeinderates dauerte insgesamt 57 stunden und eine minute. in der debatte wurden insgesamt 96 diskussionsbeitraege gezaehlt. das laengste referat erstattete vizebuergermeister s l a v i k mit einer stunde 35 minuten. das kuerzeste referat hielt wohnungsstadtrat s u t t n e r mit 25 minuten. der laengste debattenbeitrag stammt von gr. f r o e h l i c h, der in der generaldebatte eine stunde 45 minuten sprach, am kuerzesten fasste sich gr. w i e s i n g e r. sein debattenbeitrag in der personaldebatte (wortmeldung zu einer richtigstellung) dauerte drei minuten.

1444

schneebericht

16 wien, 19.12. (rk) der donnerstag in den fruehen abendstunden bei einer temperatur um 0 grad einsetzende schneefall verursachte ueber das ganze stadtgebiet verbreitet vorwiegend strassenglaette. daher wurde um 21 uhr und 1 uhr die zweimalige ausfahrt saemtlicher einsatzfahrzeuge der magistratsabteilung 48 (stadtreinigung und fuhrpark) auf den alarmrouten angeordnet.

freitag. herrschte bei bedecktem wetter leichter schneefall. die hauptfahrbahnen waren auf grund des naechtlichen einsatzes nass und nur bedingt verkehrssicher. am nachmittag stand eine nochmalige ausfahrt aller einsatzfahrzeuge auf dem programm der strassenreinigungsabteilung. 2.247 schneearbeiter (davon 721 mann eigenes personal und 1.526 fremde Arbeiter), 48 schneepfluege, 210 streufahrzeuge, 148 lastkraftwagen fuer schneeabfuhr, 12 sandlademaschinen sowie 77 schneeladegeraete standen im einsatz.

1506